

Anfrage an den Herrn Bürgermeister, eingebracht in der Gemeinderatssitzung vom 22.10.2009 von Gemeinderat Mag. Harald Korschelt

Herrn
Bürgermeister
Mag. Siegfried Nagl
Rathaus
8011 Graz

Graz, 22.10.2009

Betreff: **Alkoholverbot auf Spielplätzen**
Fragestunde

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Am 18.9.2008 (kein Druckfehler) hat Kollege GR Willi Kolar einen Antrag eingebracht, auf allen Grazer Spielplätzen ein Alkoholverbot zu erlassen. Dieser Antrag hat die einstimmige Annahme des Grazer Gemeinderates erhalten.

Leider wurde bis heute keine merklichen Tätigkeiten von Seiten der Verwaltung der Stadt Graz gesetzt. Dies erscheint auf Grund der dringenden Probleme auf den Grazer Spielplätzen als völlig unverständlich.

Im Namen des Freiheitlichen Gemeinderatsklubs richte ich an Dich, sehr geehrter Herr Bürgermeister, die

Anfrage
gem. § 16 GO
der Landeshauptstadt Graz

Was ist der Grund für diese unverständliche Verzögerung?

Betrifft: Alkoholverbot auf Spielplätzen/
keine Reaktionen trotz
dringlichen Antrages



Gemeinderatsklub SPÖ Graz

A – 8010 Graz-Rathaus
Telefon: (0316) 872-2120
Fax: (0316) 872-2129
email: spoe.klub@graz.at
www.graz.spoe.at/gemeinderatsklub

MÜNDLICHE ANFRAGE

gemäß § 16 der Geschäftsordnung für den Gemeinderat
eingebracht von Herrn Gemeinderat Wilhelm Kolar
an Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl
in der Sitzung des Gemeinderates
vom 22. Oktober 2009

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Am 18. September 2008, also vor mittlerweile mehr als einem Jahr, wurde von mir in diesem Haus ein dringlicher Antrag betreffend Alkoholverbot auf Spielplätzen eingebracht.

Ohne den dringlichen Antrag lang und breit wiederholen zu müssen, darf ich nur daran erinnern, dass – und genau dies war Intention des Dringlichen - viele Eltern, den Wunsch haben, dass auf öffentlichen Spielplätzen Alkoholkonsum auf jeden Fall untersagt werden müsste, da den Kindern nicht zuzumuten ist, neben jenen, die die Spielplätze für ihre Gelage missverwenden und zwischen leeren Bierdosen, Wein- und Schnapsflaschen und Glasscherben zu spielen.

Wobei ich mich gerne in einem Punkt wiederhole: Natürlich ist uns allen klar, dass die Überwachung eines solchen Verbotes alles andere als leicht ist; und zudem sind Verbote sicher nicht das alleinwirksame Mittel – zusätzlich müsste, natürlich neben einer Überwachung, durch eine Intensivierung der Spielplatzbetreuung über mobile Kinder- und JugendarbeiterInnen die Bewusstseinsarbeit noch intensiviert werden. Dennoch wäre als ein erster Schritt ein generelles Verbot, auf öffentlichen Spielplätzen Alkohol zu konsumieren, sicher ein Signal.

Für viele betroffenen Eltern war es daher überaus erfreulich, dass der von mir eingebrachte Dringlichkeitsantrag, wonach die zuständigen StadtsenatsreferentInnen beauftragt werden, alles in die Wege zu leiten, damit so rasch wie möglich auf Spielplätzen der Konsum von Alkohol verboten wird, einstimmig angenommen wurde.

Allerdings: Ein Jahr später sind wir trotz einstimmiger Willensbekundung durch den Gemeinderat von einem Alkoholverbot auf Spielplätzen gleich weit entfernt wie im September 2008. Denn mittlerweile wurde mir mitgeteilt, dass alles nicht so einfach sei: Eingeschritten könne nur werden, wo es nachweislich exzessive Ausschreitungen gegeben hätte und ein generelles Alkoholverbot sei rechtlich nicht möglich, ein „allgemeines Alkoholverbot“ zu erlassen. Beide Argumente sind schwer nachvollziehbar: Erklären Sie bitte Eltern, dass leere Dosen, Flaschen und Scherben nicht reichen – dass quasi die Alkoholisierten am dem Spielplatz herumkugeln müssen. Und für einen Nicht-Juristen auch schwer verständlich: Wieso solle es nicht möglich sein, Spielplätze ganz konkret als solche auszuweisen und zu alkoholfreien Zonen zu machen? Was für den Hauptplatz recht war, sollte – um ein paar Beispiele zu nennen – für den Spielplatz Junges Europa, für den Spielplatz Schererstraße, für den Spielplatz Wachtelgasse oder für den Spielplatz Hasnerplatz doch auch möglich sein!?

Namens des sozialdemokratischen Gemeinderatsklubs stelle ich daher an dich die

die Anfrage,

- a) warum es rechtlich angeblich nicht möglich ist, städtische Spielplätze als alkoholfreie Zonen zu deklarieren, indem sie ganz konkret als solche ausgewiesen werden und
- b) welche stattdessen angekündigten sozialbetreuerischen Aktivitäten seit September 2008 gesetzt wurden.

KPÖ – Gemeinderatsklub

KPÖ – Gemeinderatsklub
8011 Graz – Rathaus
Hofgebäude, Zimmer 114 – 118
Tel: 0316 / 872 2151
0316 / 872 2152
0316 / 872 2153
Fax: 0316 / 872 2159

Email: kpoe.klub@stadt.graz.at

Gemeinderätin Gertrude Schloffer

Donnerstag, 22. Oktober 2009

ANFRAGE

an Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl

Betr.: Umsetzung des Frühwarnsystems bei drohender Strom- und Heizungsabschaltung in Wohnungen

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Am 15. Jänner 2009 hat der Gemeinderat einen von mir eingebrachten Dringlichkeitsantrag der KPÖ (gegen die Stimmen der FPÖ) angenommen, in dem wir gemeinsam ein Frühwarnsystem bei drohender Strom- und Heizungsabschaltung in Wohnungen fordern. Auch ein Zusatzantrag von ÖVP-Gemeinderat Thomas Rajakovics wurde mehrheitlich angenommen, der vorschlug, dass dieses Frühwarnsystem in einem Arbeitskreis aus MitarbeiterInnen der Graz AG, des Wohnungs- und Sozialamtes entwickelt werden sollte. Im Gemeinderat hat es eine sehr intensive Diskussion zu diesem Thema gegeben. Jetzt schreiben wir den Monat Oktober. Unseren Informationen nach gibt es dieses beschlossene Frühwarnsystem noch nicht. Dabei ist nach Auskunft der Energie Graz die Zahl der Abschaltungen infolge der weltweiten Wirtschaftskrise gegenüber dem Vorjahr um 10 Prozent angestiegen. In den letzten 12 Monaten haben zirka 1.500 Abschaltungen stattgefunden.

Ich richte deshalb an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgende

Anfrage:

Ist der oben angeführte Arbeitskreis bereits zusammengetreten?

Wann wird in Graz das beschlossene beschlossene Frühwarnsystem bei drohender Strom- und Heizungsabschaltung eingeführt?



Gemeinderatsklub SPÖ Graz

A – 8010 Graz-Rathaus
Telefon: (0316) 872-2120
Fax: (0316) 872-2129
email: spoe.klub@graz.at
www.graz.spoe.at/gemeinderatsklub

Betr.: Bedarf an Pflegeheimbetten in der Stadt Graz

MÜNDLICHE ANFRAGE

gemäß § 16 der Geschäftsordnung für den Gemeinderat
von Gemeinderätin Waltraud HAAS-WIPPEL
an Bürgermeister Mag. Siegfried NAGL
in der Sitzung des Gemeinderates
am 22.10.2009

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Wir erleben in Österreich eine dreifache Alterung – charakterisiert durch eine hohe Lebenserwartung, einen steigenden Anteil der Menschen über 60 an der Gesamtbevölkerung und einen überproportionalen Anstieg der Hochbetagten!

Der Bericht des Bundesministeriums für Soziales und Konsumentenschutz über Hochaltrigkeit in Österreich (2008) zeigt diese Entwicklungen und auch die zu erwartenden Problemstellungen auf.

Der Bedarf an extramuraler und semistationärer Betreuung wird in Zukunft stark steigen, die Zunahme ältere Menschen in Institutionen wird sich – trotz der politischen Strategie „ambulant vor stationär – um das Zweieinhalbfache (auf etwa 150.000) erhöhen.

Derzeit werden etwa 80 % der pflegebedürftigen Menschen zu Hause gepflegt, durch die immer „dünner“ werdenden familialen Netze ist daher auch aus diesem Grund mit einer Zunahme an Betreuungskapazitäten zu rechnen.

Im Mai 2009 wurde im GR der einstimmige Beschluss gefasst, dass die GGZ zu beauftragen sind, die Errichtung eines neuen Pflegeheimes in Norden von Graz zu prüfen.

In den letzten Wochen wurde medial mehrmals über eine geplante Reduktion von Pflegeheimbetten in Graz berichtet und auch in der Stadtregierungssitzung am 18.09.2009 wurde dies vom Finanzstadtrat Dr. Rüschi angesprochen.

Ich stelle daher namens der SPÖ-Fraktion an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister,

die Anfrage,

ob Sie bereit sind, im Rahmen Ihrer Koordinierungskompetenz die Umsetzung dieses Gemeinderatsbeschlusses sicherzustellen und ob Sie sich bei der Frage des Bedarfes von Pflegeheimbetten an angeblichen Budgetnotwendigkeiten oder an den Empfehlungen der FachexpertInnen orientieren?

Betr.: Behindertengerechter Zugang bei der
Nahverkehrsdrehscheibe Hauptbahnhof

MÜNDLICHE ANFRAGE

gemäß § 16 der Geschäftsordnung für den Gemeinderat
von Gemeinderätin Waltraud HAAS-WIPPEL
an Bürgermeister Mag. Siegfried NAGL
in der Sitzung des Gemeinderates
am 22.10.2009

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Behindertengerechtes, pflegegerechtes, altengerechtes – barrierefreies Planen und Bauen ist eine wichtige Voraussetzung für die Integration und eine möglichst eigenständige Lebensführung von Menschen mit Behinderung und alten Menschen. Behindertengerechte und barrierefreie Zugänge zu öffentlichen Verkehrsmitteln sind eine wesentliche Voraussetzung für Chancengleichheit, für Partizipation, für Unabhängigkeit und für Inklusion.

Ein behindertengerechter Zugang ist nicht nur altengerecht sondern auch kinder- und elterngerecht – also menschengerecht.

Ich stelle namens der SPÖ-Fraktion an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister,

die Anfrage,

Werden Sie bei der geplanten Nahverkehrsdrehscheibe Hauptbahnhof einen behindertengerechten und barrierefreien Zugang zu allen Verkehrsmitteln – inklusive Straßenbahn – sicherstellen?

KPÖ – Gemeinderatsklub

KPÖ – Gemeinderatsklub

8011 Graz – Rathaus
Hofgebäude, Zimmer 114 – 118
Tel: 0316 / 872 2151
0316 / 872 2152
0316 / 872 2153
Fax: 0316 / 872 2159

Email: kpoe.klub@stadt.graz.at

Klubobfrau Ingeborg Bergmann

Donnerstag, 22. Oktober 2009

Anfrage

Betrifft: Baumhaine auf den Reininghausgründen

Sehr geehrter Herr Bürgermeister !

Im Herbst 2007 sind auf Initiative der Asset One und mit Hilfe von Förderungsmitteln der EU und der Stadt Graz im Rahmen des Stadtentwicklungsprogrammes Urban Graz West in sogenannten Baumhainen auf den Reininghausgründen 450 Bäume und 2600 Sträucher, gepflanzt worden. Sinn der Aktion sollte eine nachhaltige Grünraumgestaltung für den neuen Stadtteil sein.

Für diese Bepflanzungsaktion auf einer 21000 Quadratmeter großen Fläche wurden an Kosten 200.000.- Euro veranschlagt, nur die Hälfte davon wurde nach unseren Informationen von Asset One selbst, die andere Hälfte wurde aus Fördermitteln der Stadt Graz und der EU bezahlt.

Nach einer PR-wirksamen Bepflanzungsaktion interessiert sich anscheinend niemand mehr für die Pflänzchen. Meterhoch wuchert zur Zeit das Gestrüpp vor sich hin (siehe Foto). Von sogenannten Baumhainen ist nicht viel zu sehen.

Letztendlich stellen sich AnrainerInnen und wir die Frage, wer eigentlich für die Erhaltung und Pflege der Haine zuständig ist ?

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs stelle ich daher an Sie folgende

Anfrage:

Sind Sie bereit, sich mit den dafür zuständigen Stellen in Verbindung zu setzen und sich für eine ausreichende Pflege und Betreuung der 6 Baumhaine auf den Reininghausgründen einzusetzen ?

KPÖ – Gemeinderatsklub

KPÖ – Gemeinderatsklub
8011 Graz – Rathaus
Hofgebäude, Zimmer 114 – 118
Tel: 0316 / 872 2151
0316 / 872 2152
0316 / 872 2153
Fax: 0316 / 872 2159

Email: kpoe.klub@stadt.graz.at

KPÖ-Gemeinderätin
Mag.^a Ulrike Taberhofer

Graz, 22. Oktober 2009

Anfrage an den Bürgermeister

Betrifft: Mädchenzentrum

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Im schwarz/grünen Koalitionsvertrag ist unter Punkt 6.2.3. die Schaffung eines Zentrums für Mädchen und junge Frauen vorgesehen. Abgesehen davon, dass so eine Einrichtung ein wichtiger Ort der Begegnung und Kommunikation, eine Rückzugsmöglichkeit und Anlaufstelle ist, wo Hilfe, Beratung und Betreuung für Mädchen und junge Frauen angeboten werden kann, besteht vor allem die Möglichkeit, dass ein Mädchenzentrum auch von jungen Migrantinnen genutzt werden kann. Gerade für diese Zielgruppe gibt es kaum Angebote, die zur Stärkung und Förderung ihres Selbstwertgefühls beitragen. Es ist Aufgabe der Stadt, die Interessen der Mädchen und jungen Frauen ernst zu nehmen.

Aus diesem Grund stelle ich namens der KPÖ-Gemeinderatsfraktion an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, folgende

Anfrage

In welcher Phase der Umsetzung befindet sich das geplante Mädchenzentrum und wann ist mit der Einrichtung zu rechnen?

KPÖ – Gemeinderatsklub

KPÖ – Gemeinderatsklub
8011 Graz – Rathaus
Hofgebäude, Zimmer 114 – 118
Tel: 0316 / 872 2151
0316 / 872 2152
0316 / 872 2153
Fax: 0316 / 872 2159

Email: kpoe.klub@stadt.graz.at

KPÖ-Gemeinderätin
Mag.^a Ulrike Taberhofer

Graz, 22. Oktober 2009

Betrifft: Heimgarten zwischen der GVB-Remise und der Eggenbergerstraße

Anfrage an den Bürgermeister

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Der Heimgarten zwischen der Laudongasse und der Eggenbergerstraße ist für viele BewohnerInnen ein wichtiges Stück Grün, das sie in liebevoller Kleinarbeit in ihrer Freizeit bearbeiten. Jetzt haben sich einige Menschen an mich gewendet, da sie wieder einmal Sorge um den Weiterbestand der Heimgartenanlage haben. Es ist ihnen zu Ohren gekommen, dass einzelne Gärten nach Auslaufen der Pachtverträge nicht mehr weitervergeben werden und sie so sukzessive unbestellt bleiben. Diese Strategie soll anscheinend langfristig dazu führen, dass die Grundfläche im Interesse des Eigentümers anders genutzt werden soll.

Aus diesem Grund stelle ich namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, folgende

Anfrage

Sind Sie bereit, die verantwortlichen Stellen zu kontaktieren und sich für den Erhalt der bestehenden Heimgartenanlage zwischen der GVB-Remise und der Eggenbergerstraße einzusetzen?

KPÖ – Gemeinderatsklub

KPÖ – Gemeinderatsklub
8011 Graz – Rathaus
Hofgebäude, Zimmer 114 – 118
Tel: 0316 / 872 2151
0316 / 872 2152
0316 / 872 2153
Fax: 0316 / 872 2159
Email: kpoe.klub@stadt.graz.at

Gemeinderat Manfred Eber

22. Oktober 2009

Betr.: **Villa Hartenau**

ANFRAGE an Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

„Im Jahr 1948 hat die Stadt Graz die idyllische Villa Hartenau erworben und sie als neues Zuhause für damals 60 Mädchen umgestaltet. Insgesamt wurden seit 1948 1.230 Kinder und Jugendliche in der Villa Hartenau betreut.“ (homepage der Stadt Graz)

Im Jahr 2005 wurde die Villa Hartenau gemeinsam mit der Kindervilla „dezentralisiert“, fünf neue eigenständige Wohngemeinschaften entstanden.

Die Villa Hartenau wurde von der Stadt Graz an die Bundesimmobiliengesellschaft (BIG) verkauft, diese veräußerte sie an die Firma Ziko – Beteiligungs- und Vermögensverwaltungs-GesmbH der Leibnitzer Fenster- und Türenfirma Zirngast GmbH.

Die Villa selbst ist seit Jahren Wind und Wetter preisgegeben, notwendige Instandhaltungs- und Instandsetzungsarbeiten wurden weder am Gebäude noch am Areal geleistet. Der drohende Verfall der Villa geht unter Umständen Hand in Hand mit möglichen Absichten des Eigentümers, den Denkmalschutz auszuhebeln.

Daher richte ich im Namen des KPÖ-Gemeinderatsklubs an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, folgende

Anfrage

Werden Sie sich bei den zuständigen Stellen dafür einsetzen, dass die Villa Hartenau samt zugehörigem Areal in einen ansehnlichen Zustand gebracht und einer Nutzung – wenn möglich im Interesse der Allgemeinheit - zugeführt wird, wobei insbesondere der Denkmalschutz aufrecht erhalten werden soll?

Anfrage an den Herrn Bürgermeister, eingebracht in der Gemeinderatssitzung vom 22.10.2009 von Klubobmann **Armin Sippel**

Herrn
Bürgermeister
Mag. Siegfried Nagl
Rathaus
8011 Graz

Graz, 22.10.2009

Betreff: **Straßenmusikanten**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Die FPÖ hat in der Vergangenheit wiederholt auf das Thema Straßenmusikanten aufmerksam gemacht.

Der abgelaufene Sommer und der teilweise laue Herbst brachten die Erkenntnis, dass vor allem der Bereich Herrengasse – Schuhgeschäft Salamander- Rathaus – Nordsee als zentrale Anlaufstelle für Damen und Herren unterschiedlicher musikalischer Begabungsgrade dient.

Vergangene Initiativen der FPÖ zu diesem Thema wurden im Gemeinderat unter Anführung verschiedenster Argumentationslinien stets abgelehnt.

Tatsächlich werden die musikalischen Darbietungen auch unterschiedlich aufgenommen. Während flüchtige Passanten sich tendenziell toleranter zeigen, empfinden die in der Innenstadt berufstätigen Menschen diese Darbietungen mit zunehmender Dauer als Belästigung.

Während Herr Gemeinderat Hagenauer in vergangenen Gemeinderatssitzungen zu diesem Thema zu berichten wusste, dass im Garten seines Hauses stets große Künstler aufgetreten sind, so verhält es sich bei den Konzerten des abgelaufenen Sommers in der Grazer Innenstadt doch deutlich anders.

Zahlreiche Mitarbeiter der ansässigen Gewerbetreibenden sowie andere berufstätige Menschen, die sich in regelmäßiger Hörweite der unaufgeforderten Darbietungen befinden, können diesen Sachverhalt bestätigen.

Leider hat sich gerade die ÖVP in der Vergangenheit auf die bestehende Straßenmusiker Verordnung berufen und darauf hingewiesen, dass die Künstler nur einen bestimmten Zeitraum an einer Stelle spielen dürfen.

Tatsächlich folgt aber unmittelbar auf den scheidenden Musiker schon der nächste, weshalb es zu einer teilweise unerträglichen akustischen Rundumversorgung kommt.

Die bestehenden Bestimmungen sind genauso wenig ausreichend, wie die sporadischen Kontrollen, der personell unterbesetzten Ordnungswache.

Ich stelle daher an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, nachstehende

Anfrage

gem. § 16 GO

der Landeshauptstadt Graz

Erachten Sie die bestehenden gesetzlichen Bestimmungen als ausreichend bzw. sind Sie bereit sich dieses Problems anzunehmen?

Anfrage an den Herrn Bürgermeister, eingebracht in der Gemeinderatssitzung vom 22.10.2009 von Klubobmann **Armin Sippel**

Herrn
Bürgermeister
Mag. Siegfried Nagl
Rathaus
8011 Graz

Graz, 22.10.2009

Betreff: **Bürgerversammlung ECE**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

In der Gemeinderatssitzung vom 14.05.2009 wurde ein Dringlicher Antrag der FPÖ nachstehenden Inhalts einstimmig beschlossen.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Das Büro für Bürgerinitiativen wird beauftragt, im Sinne des obigen Motivenberichtes eine Bürgerversammlung einzuberufen, zu der sämtliche Personen geladen werden, denen auch im Zuge des notwendigen Bauverfahrens ex lege Parteienstellung zukam und zukommt. Weiters ist diese Versammlung auch in den Medien anzukündigen, um anderen betroffenen Personen eine Teilnahme zu ermöglichen.

Der Gemeinderat wolle zudem beschließen:

Herr Bürgermeister Nagl wird ersucht, gemeinsam mit den zuständigen Vertretern der Ämter persönlich an gegenständlicher Versammlung teilzunehmen.

Nachdem hinsichtlich der Umsetzung des oben stehenden Antrages bisher keine Rückmeldung erfolgte, richte ich an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister folgende Anfrage:

Anfrage
gem. § 16 GO
der Landeshauptstadt Graz

Wann wird die bereits beschlossene Bürgerversammlung unter Ihrer Teilnahme stattfinden?

Anfrage an den Herrn Bürgermeister, eingebracht in der Gemeinderatssitzung vom 22.10.2009 von Gemeinderat Mag. Harald Korschelt

Herrn
Bürgermeister
Mag. Siegfried Nagl
Rathaus
8011 Graz

Graz, 22.10.2009

Betreff: **Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehr Einsätze
in der Dienstzeit abzugelten**
Fragestunde

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Im Land Steiermark werden Pläne vorbereitet, Mitglieder von Freiwilligen Feuerwehren ihre Einsatzzeiten während der Dienstzeiten als bezahlten Urlaub abzugelten.

Im Namen des Freiheitlichen Gemeinderatsklubs richte ich an Dich, sehr geehrter Herr Bürgermeister, die

Anfrage
gem. §16 GO
der Landeshauptstadt Graz

**Bist Du bereit, die Dienststellen des Magistrates anzuweisen, Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehr Graz, die in einem Arbeitsverhältnis zur Stadt Graz stehen, Einsätze, die in der Dienstzeit erbracht werden, als bezahlten Urlaub abzugelten und mit den Geschäftsleitungen der Beteiligungs-
betriebe der Stadt Graz Verhandlungen aufzunehmen und diese zu ersuchen, ihren Dienstnehmern, die Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehr Graz sind, Einsätze, die in der Dienstzeit erbracht werden, als bezahlten Urlaub abzugelten.**

eingbracht am: 22.10.2009



Gemeinderat Mag. Gerhard Mariacher stellt an Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl in Wahrnehmung seiner unmittelbaren Agenden als Mitglied der Grazer Stadtregierung sowie in Ausübung seiner Kompetenz-Kompetenz als Bürgermeister der Stadt Graz folgende Frage:

Betreff:

Ablagerungen von biogenen Abfall sowie von Rest- und Sperrmüll im „Wienerberger Wald“, Gst. Nr. 630/2 der KG St. Peter

Welche Maßnahmen wird die Stadt Graz behördlich setzen, um im „Wienerberger Wald“ in St. Peter wieder einen gesetzeskonformen Zustand herzustellen, der sicherstellt, dass die Ablagerung von Sperr- und Restmüll sowie von riesigen Mengen biogenen Abfall endlich gestoppt wird, der augenscheinlich dazu geführt hat, dass

- # Baumwurzeln vermehrt durch sich rasant vermehrenden Waldmäuse abgefressen werden*
- # die Bäume daraufhin absterben und umfallen (Baumtod)*
- # die Waldmäuse als Nagetiere Infektionen (Hantavirus-Infektionen) verbreiten, die auch für Menschen sehr gefährlich werden können*
- # örtlich eine gesteigerte nicht unbeträchtliche Waldbrandgefahr in heißen und trockenen Sommermonaten – noch dazu in einem ziemlich unwegbaren Gelände - erwächst, die Hunderte Menschen in den Wohnhäusern und Siedlungen im Umkreis des Wienerberger Waldes fahrlässig gefährden könnte.*

GR Mag. Gerhard Mariacher, BZÖ

www.bzoe-graz.at